

Schwarzbuben kämpfen gegen Solothurner Sparübung



Streichung der Solothurner Subventionen für die Wirtschaftsmittelschulen in beiden Basel: Klaus Fischer (l.) und die Nationalratskandidaten Glenn Steiger und Melanie Jeger (nicht auf dem Foto) engagieren sich mit einem Volksauftrag. FOTO: BEA ASPER

Junge Erwachsene wehren sich mit einer Unterschriftensammlung gegen die Entscheide Solothurns, die Subventionen für die Wirtschaftsmittelschulen in den beiden Basel zu streichen.

bea. Glenn Steiger (Bättwil) und Melanie Jeger (Meltingen) geben Vollgas. Die beiden Jungpolitiker kandidieren für den Nationalrat, doch von Plakaten zu lächeln und auf Podien gut klingende Versprechen abzugeben, ist nicht das, was sie suchen. Sie wollen etwas bewegen. Sie gründeten ein Jugendparlament und skizzieren in Arbeitsgruppen Lösungsvorschläge. Ihr grösstes Anliegen derzeit: Das Solothurner Parlament dazu bringen, die Streichung der Kantons-subventionen für die Wirtschaftsmittelschulen in Reinach, Liestal und Basel rückgängig zu machen. Dafür formulierten Steiger und Jeger einen Volksauftrag – diesen können sie nun auch bereits einreichen: 100 Unterschriften sind dafür notwendig, gesammelt haben die jungen Schwarzbuben schon weit mehr, «und um ein deutliches Zeichen zu setzen, führen wir die Aktion noch etwas weiter», sagt Glenn Steiger auf Anfrage dieser Zeitung. Der Volksauftrag verlangt «Angemessene Bildungsmöglich-

keiten in den Randregionen». Der Regierungsrat wird beauftragt, «für die Solothurner Schülerinnen und Schülern auch ab dem Schuljahr 2016/2017 die Beiträge für den Besuch einer ausserkantonalen Wirtschafts-, Informatik- und Handelsmittelschule im bisher geltenden Rahmen sicherzustellen.» Unterstützung gibt es von den meisten Gemeinderäten und Kantonsräten aus dem Schwarzbubenland, doch auch aus anderen Regionen: «Bereits 68 Politikerinnen und Politiker sind unserem Unterstützungskomitee beigetreten», erwähnt Steiger und freut sich besonders über die Zusage von Klaus Fischer, Hofstetten, wobei das Thema für den alt Regierungsrat eine besondere Herzensangelegenheit ist. So waren es vor 18 Jahren ebenfalls die Vorschläge, die ausserkantonalen Mittelschulen nicht mehr zu subventionieren, die Fischer als Präsidenten der regionalen Schule auf den Plan gerufen hatten und zu einer Kandidatur für den Kantonsrat veranlassten. «Eine meiner ersten Handlungen als frisch gewählter Kantonsrat war es, die Streichung dieser Schein-Sparübung zu erreichen.» Fischer ist überzeugt, dass auch heute der von Solothurn suggerierte Spareffekt ausbleiben würde. «Die

betroffenen Schüler würden nicht eine Lehre machen, sondern das Gymnasium oder die Fachmittelschule besuchen, was den Kanton eher noch teurer zu stehen kommen würde.» Darauf stützt sich auch der Volksauftrag: «Ausserkantonale Wirtschafts-, Informatik- und Handelsmittelschulen stellen wichtige Bildungsinstitutionen in Grenzregionen dar, welche insbesondere von Jugendlichen aus dem Schwarzbubenland rege genutzt werden. Die Streichung der finanziellen Mittel stellt einen massiven Einschnitt dar und beruht auf falschen Annahmen. In Zukunft werden kaum weniger weiterführende Schulbesuche vom Kanton finanziert werden müssen. Stattdessen werden mehr Schülerinnen und Schüler ein 10. Schuljahr absolvieren oder die Fachmittelschule (FMS) besuchen. Nach dem Besuch der FMS verfügen die Absolventinnen und Absolventen jedoch nicht über einen Berufsabschluss, sondern einen Fachmaturitätsabschluss, auf welchen wiederum eine Weiterbildung (Fachhochschule, Berufslehre) folgt. Die Wirtschaftsmittelschule (WMS) als Beispiel ist eine typische duale Bildungsinstitution inklusive einem einjährigen Betriebspraktikum (4. Jahr). Die Absolventinnen und Absolventen verlassen die Schule mit einem EFZ-Abschluss als Kauffrau/-mann, teilweise ergänzt durch einen Berufsmaturitätsabschluss.» Parallel zum Volksauftrag der Jungpolitiker sind die Kantonsräte aus der Region unter der Federführung von Simon Esslinger (SP, ebenfalls Nationalratskandidat) daran, mit Vorstössen das Kantonsparlament zum Umschwenken zu bewegen. Nicht unterzeichnet habe einzig Christian Imark (SVP). Der Kantonspolitiker aus Fehren, der auch ins nationale Parlament einziehen will, begründet dies damit, dass den Schülern mit einer KV-Lehre eine echte Alternative zur Wahl stehe, dass dies den Kanton eben günstiger zu stehen komme und eine Gleichbehandlung gegeben sei, da es im Kanton Solothurn bereits seit Jahren keine Wirtschaftsmittelschule mehr gebe.